

Globalisierung

# Große Vermögen stellen Strategie auf Sicherheit um

Deutsche Wirtschafts Nachrichten

Hedgefonds-Manager kaufen weltweit Agrarland und Flugpisten in entlegenen Ländern. Sie erwarten soziale Unruhen aufgrund der wachsenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Ein Davos-Insider berichtet, die Wirtschaftselite habe das Vertrauen in die Politik zur Lösung der Krise verloren.



Die wachsende Ungleichheit führt in vielen Ländern zu Unruhen. Die südlichen EU-Staaten sind besonders anfällig, hier Athen im Dezember 2014. (Foto: dpa)

Die wachsende Ungleichheit der Einkommen stand beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum (WWF) in Davos ganz oben auf der Agenda. Die zunehmende Umverteilung hin zu einigen wenigen wurde jüngst in einer Studie von Oxfam erneut deutlich, wie die New York Times berichtet. Der Studie zufolge wird das reichste Prozent der Weltbevölkerung im nächsten Jahr mehr als die Hälfte des globalen Reichtums kontrollieren. Die 80 reichsten Menschen der Welt besitzen dann zusammen 1,9 Billionen Dollar – etwa genau so viel wie 3,5 Milliarden Menschen am unteren Ende der Einkommenspyramide.

Darüber hinaus bereitet die schwache Weltwirtschaft den Teilnehmern von Davos Sorgen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) korrigierte seine Prognose für das globale Wachstum um 0,3 Punkte auf 3,5 Prozent nach unten, wie aus einem Bericht des Handelsblatt hervorgeht. Auch die Arbeitslosigkeit wird nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weiter steigen. Im Jahr 2014 waren 204 Millionen Menschen weltweit ohne Arbeit. Dagegen erwartet die ILO, dass es im Jahr 2019 bereits 219 Millionen Arbeitslose geben wird.

In einer Podiumsdiskussion zum Thema Wachstum und Ungleichheit in Davos herrschte weitestgehend Einigkeit darüber, dass die globale Ungleichheit zunimmt. Einer der Teilnehmer, Felix Salmon, sagte dem Guardian, dass die vorherrschende Stimmung in Davos pessimistisch sei. Man habe erwartet, dass die lockere Geldpolitik der Zentralbanken der Realwirtschaft stärker zu Gute käme als der Finanzwirtschaft. Doch das Gegenteil sei der Fall. Als Resultat könnte die nächste große Revolution nicht aus dem Bereich der Innovation, sondern aus dem Bereich der Regulierung kommen, so Salmon.

Einer der Redner in Davos, der diese Probleme in seinen Vorträgen angesprochen hat, war Robert Johnson, Präsident des Institute of New Economic Thinking (INET). Johnson war selbst jahrelang in der Finanzbranche

tätig, zuletzt als Direktor des Soros Fund Management in New York. Er sagte, die schwächelnde Weltwirtschaft nehme den Menschen die Perspektive und könnte soziale Unruhen begünstigen. „Die Leute müssen wissen, dass es Möglichkeiten für ihre Kinder gibt und dass sie dieselben Chancen haben werden, wie jeder andere.“

Johnson kritisierte auch die wachsende Ungleichheit in Bezug auf Bürgerrechte. „Einige Amerikaner denken, die aktuelle Strafverfolgung ist ungerecht. Sie richtet sich viel härter gegen sie als gegen andere Teile der Bevölkerung“. Er sprach damit indirekt die Proteste in Ferguson an. Ende November 2014 hatte eine Jury entschieden, den Polizisten nicht anzuklagen, der den Teenager Michael Brown erschossen hatte. Daraufhin brachen in der US-Kleinstadt erneut schwere Krawalle aus.

Dazu kommt der steigende Unmut in der Bevölkerung, die zunehmend das Gefühl hat, keinen Einfluss in der Politik ausüben zu können. „Die Vorauswahl in der Politik auf zwei Kandidaten und die damit verbundene Verengung der Agenda fühlt sich für manche wie ein Spiel der Eliten an. So als ob Demokratie nur ein bisschen vorgetäuscht wird“, so Johnson.

Diese zunehmende Spaltung der Gesellschaft bereitet auch den Teilnehmern in Davos große Sorgen. Die Elite sieht „immer mehr Anzeichen für soziale Instabilität und Gewalt. Und sie weiß nicht, wie sie dieses Strukturproblem lösen soll“, zitiert der Guardian Johnson weiter. Einige würden sich sogar schon auf sozialen Unruhen vorbereiten. „Sehr mächtige Leute sagen uns, dass sie Angst haben. [...] Ich kenne Hedgefonds-Manager überall in der Welt, die Flugpisten und Agrarland an Orten wie Neuseeland kaufen, weil sie denken, sie brauchen eine Fluchtmöglichkeit“, so Johnson.

Eine der Gründe dafür ist das mangelnde Vertrauen in die Politik. Viele Manager glauben nicht daran, dass die Politiker die Probleme lösen können. „Es gibt da eine gefährliche Rückkopplung: Politiker, die mehr Geld bekommen, nutzen es, um noch mehr Geld zu bekommen“, so Johnson.

Auch Helen Clark, ehemalige Premierministerin von Neuseeland und heute verantwortlich für die UN-Entwicklungspolitik, nimmt die Politiker in die Verantwortung. „Lösungen sind vorhanden. Was fehlt, ist politischer Wille. Die Politiker reagieren nicht auf diejenigen, die keine Stimme haben. Am Ende geht es nur um die Umverteilung von Einkommen und Macht.“

Als eine mögliche Lösung schlug Robert Johnson eine „aggressivere Erbschaftssteuer“ vor, wie sie auch US-Präsident Obama in seiner jüngsten Rede an die Nation ins Spiel gebracht habe. Die Reichen müssten „Verantwortung übernehmen und etwas von ihrem Reichtum aufgeben“. Doch an die Umsetzung dieses Vorschlags glaubt auch er nicht wirklich. Auf die Frage hin, wie er die Chancen auf Erfolg einschätze, sagte Johnson scherzhaft: „Nach der nächsten Revolution sehr gut, aber im derzeitigen Kontext sind sie vernachlässigbar.“